

# Stenographischer Bericht

## 3. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XI. Gesetzgebungsperiode – 6. Dezember 1986

### Inhalt:

#### Personalien:

Nachruf für Landtagsabgeordneten a. D. Alois Klobasa (32).

#### Auflagen:

Antrag, Einl.-Zahl 24/1, der Abgeordneten Neuhold, Harmtodt, Fuchs und Ing. Stoisser, betreffend den Ausbau der Bundesstraße 73, Kirchbach–Graz (33);

Antrag, Einl.-Zahl 25/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schwab, Pörtl und Dr. Lopatka, betreffend die stärkere Berücksichtigung energiepolitischer Maßnahmen im Wohnbau und Förderung von Vorhaben zur Erforschung und Erprobung alternativer, unkonventioneller und ökologisch verträglicher Energieformen;

Antrag, Einl.-Zahl 26/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Schützenhöfer und Bacher, betreffend die Einrichtung eines Departments für Psychiatrie an der Universitätsklinik für Neurologie und Psychiatrie;

Antrag, Einl.-Zahl 27/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Schützenhöfer und Bacher, betreffend die Trennung der Psychiatrie von der Neurologie;

Antrag, Einl.-Zahl 28/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Präsident Klasnic, DDr. Steiner, Prof. Dr. Eichtinger und Pinegger, betreffend die Freistellung der Dienststellenobmänner der Personalvertretung der Landeslehrer;

Antrag, Einl.-Zahl 29/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Schützenhöfer und Bacher, betreffend Umwandlung des Departments für Psychiatrie in eine Klinik für Psychiatrie;

Antrag, Einl.-Zahl 30/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Dipl.-Ing. Schaller und Göber, betreffend die Änderung der Amtsarzt Ausbildung;

Antrag, Einl.-Zahl 31/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Schützenhöfer und Bacher, betreffend die Umbenennung des Landes-Sonderkrankenhauses;

Antrag, Einl.-Zahl 32/1, der Abgeordneten Schwab, Dipl.-Ing. Schaller, Buchberger, Kröll und Kanduth, betreffend die Zurverfügungstellung von finanziellen Mitteln des Bundes für die Verwirklichung des Nationalparks Niedere Tauern;

Antrag, Einl.-Zahl 33/1, der Abgeordneten Schwab, Dipl.-Ing. Schaller, Buchberger, Pörtl und Grillitsch, betreffend die Berücksichtigung von Naturschutzgebieten hinsichtlich der Festsetzung der Höhe der Einheitswerte;

Antrag, Einl.-Zahl 34/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Buchberger, Dr. Lopatka und Harmtodt, betreffend das Verbot von Phosphaten und sonstigen gefährlichen Umweltchemikalien in Wasch-, Spül- und Reinigungsmitteln und rasche Verabschiedung des Chemikaliengesetzes;

Antrag, Einl.-Zahl 35/1, der Abgeordneten Bacher, Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Pörtl, Univ.-Prof.

Dr. Schilcher und Dr. Lopatka, betreffend die Schaffung von Ausbildungsplätzen für promovierte Mediziner aus der dritten Welt in der Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 36/1, der Abgeordneten Bacher, Grillitsch, Schwab und Kollmann, betreffend einen leistungsfähigen Ausbau der Bundesstraßen B 96 und B 83;

Antrag, Einl.-Zahl 37/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Schützenhöfer, Schwab, Präsident Klasnic, Dr. Hirschmann, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Dr. Dorfer, betreffend die jährliche Vorlage eines steiermärkischen Jugendbeschäftigungsberichtes durch die Steiermärkische Landesregierung;

Antrag, Einl.-Zahl 38/1, der Abgeordneten Schrammel, Präsident Klasnic, Pörtl, Fuchs und Prof. Dr. Eichtinger, betreffend die Schaffung von Arbeitsplätzen in Pendlerbezirken;

Antrag, Einl.-Zahl 39/1, der Abgeordneten Schrammel, Präsident Klasnic, Prof. Dr. Eichtinger und Purr, betreffend verstärkte Einstellung Behinderter im Bundesdienst;

Antrag, Einl.-Zahl 40/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Schwab und Pußwald, betreffend zahnärztliche Vorsorge in der Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 41/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Dr. Hirschmann, Schwab und Schrammel, betreffend die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen an Landesstraßen;

Antrag, Einl.-Zahl 42/1, der Abgeordneten Präsident Klasnic, Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Schrammel, betreffend die Erstellung eines steirischen Gesundheits- und Sozialplanes;

Antrag, Einl.-Zahl 43/1, der Abgeordneten Dr. Maitz, Harmtodt, Kröll und Dr. Lopatka, betreffend die Einführung eines Bauanwaltes;

Antrag, Einl.-Zahl 44/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Dorfer, Dr. Hirschmann, Schwab, Kollmann, Dr. Lopatka und Bacher, betreffend die Schwerpunktsetzung im Bereich neuer Technologien;

Antrag, Einl.-Zahl 45/1, der Abgeordneten Harmtodt, Neuhold, Buchberger und Schrammel, betreffend die Gewährung einer Förderung für die Errichtung einer Pflegestation Feldbach–Bad Gleichenberg;

Antrag, Einl.-Zahl 46/1, der Abgeordneten Purr, Dr. Dorfer, Pinegger, Ing. Stoisser und Dr. Lopatka, betreffend die rasche Verwirklichung einer Eisenbahnverbindung Wien–Hartberg–Graz–Deutschlandsberg (Koralmtunnel)–Klagenfurt–Villach–Triest;

Antrag, Einl.-Zahl 47/1, der Abgeordneten Neuhold, Pörtl, Schrammel, Schwab und Fuchs, betreffend Novellierung des Gemeindewasserleitungsgesetzes 1971, LGBl. Nr. 42;

Antrag, Einl.-Zahl 48/1, der Abgeordneten Dr. Dorfer, Ing. Stoisser, Pörtl, Kanduth und Kollmann, betreffend die Schaffung von gesetzlichen Bestimmungen für ein steuerbegünstigtes Sparen mit gefördertem Anschlußkredit zwecks Gründung eines selbständigen Unternehmens;

Antrag, Einl.-Zahl 49/1, der Abgeordneten Schrammel, Präsident Klasnic, Schützenhöfer und Kollmann,

betreffend die Berufung eines Sozialombudsmannes im Land Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 50/1; der Abgeordneten Harmtodt, Neuhold, Schrammel und Fuchs, betreffend die Unterstützung der Errichtung einer Tagesheimstätte für Behinderte in Feldbach;

Antrag, Einl.-Zahl 51/1, der Abgeordneten Schwab, Dr. Hirschmann, Buchberger, Ing. Stoisser, Dipl.-Ing. Schaller und Grillitsch, betreffend die Novellierung der Steiermärkischen Bauordnung bei Anträgen auf Abbruch alter Bauernhäuser und Wirtschaftsgebäude sowie alter Gebäude im allgemeinen;

Antrag, Einl.-Zahl 52/1, der Abgeordneten Kammlander, Dipl.-Ing. Dr. Korber, Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Aufforderung der Landesregierung, zum Zweck der Einrichtung von öffentlich einsehbaren Wartelisten der um Einstellung in den Schuldienst ansuchenden Volks-, Haupt- und Sonderschullehrer(innen) auf den Landesschulrat für Steiermark in entsprechender Weise einzuwirken;

Antrag, Einl.-Zahl 53/1, der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Kammlander und Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend den Verkauf der Anteile des Landes Steiermark an der Versicherungsanstalt der Österreichischen Bundesländer Aktiengesellschaft;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 54/1, betreffend die Optionsrechtseinräumung auf Erwerb der Grundstücke 40/3, 41, 130/2 und 1831 im unverbürgten Gesamtlächenausmaß von 7741 Quadratmeter mit darauf befindlichen Baulichkeiten laut Lageplan der Dipl.-Ing. Hilmar und Hinrichs, 8230 Hartberg, GZ.: 5032/H/81/1, vom 24. November 1981 beziehungsweise 21. August 1986 durch die Firma Höfler Ges. m. b. H., Reinigungsservice, 8233 Lafnitz 68, beziehungsweise die Raika Weiz-Krottendorf, reg. Gen. m. b. H., Kapruner-Generator-Straße 12, 8160 Weiz, und Optionsrechtseinräumung auf Erwerb der Grundstücke 40/2 und 40/4 laut obigem Plan im unverbürgten Flächenausmaß von 2502 Quadratmeter samt darauf befindlichen Baulichkeiten durch die Firma Franz Lind, Bau- und Möbeltischlerei, 8233 Lafnitz 68;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 55/1, betreffend Thermalquelle Loipersdorf-Ges. m. b. H., Reassumierung von Teilen des Regierungsbeschlusses vom 14. November 1977, Zustimmung zum Verkauf von landeseigenen Grundstücken in Loipersdorf an Dipl.-Ing. Joachim und Ursula Marterer, BRD, und Familie Maier, Söchau, zum Schätzpries; grundsätzliche Genehmigung zum Abverkauf von landeseigenen Liegenschaften zum Schätzpries;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 56/1, betreffend die Versicherungsanstalt der Österreichischen Bundesländer-Versicherungs-AG., Veräußerung des Bezugsrechtes des Landes Steiermark an jungen Aktien um 11,7 Millionen Schilling;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 19/1, Beilage Nr. 4, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landwirtschaftliche Siedlungs-Landesgesetz geändert wird (2. Siedlungsgesetz-Novelle);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 57/1, betreffend den Rechenschaftsbericht der Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für das Jahr 1985;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 58/1, betreffend den Übertritt des Landesrechnungshofdirektorstellvertreters Wirkl. Hofrat Dr. Egbert Thaller in den dauernden Ruhestand mit 31. Dezember 1986 wegen Vollendung des 65. Lebensjahres (34).

#### Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahlen 24/1, 25/1, 26/1, 27/1, 28/1, 29/1, 30/1, 31/1, 32/1, 33/1, 34/1, 35/1, 36/1, 37/1, 38/1, 39/1, 40/1, 41/1, 42/1, 43/1, 44/1, 45/1, 46/1, 47/1, 48/1, 49/1, 50/1, 51/1, 52/1 und 53/1, der Landesregierung (33).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 54/1, 55/1 und 56/1, dem Finanz-Ausschuß (34).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 19/1, dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (34).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 57/1 und 58/1, dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß (34).

#### Wahlen:

Wahl der Bundesräte (34).

Wahl des Landeshauptmannes (35).

Redner: Dritter Präsident des Steiermärkischen Landtages Klasnić (35), Abg. Kammlander (35), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (35), Abg. Mag. Rader (36), Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross (37).

Wahlvorgang (38).

Wahl der Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung (38 und 39).

Redner: Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (38), Abg. Dr. Strenitz (38), Landeshauptmann Dr. Krainer (39).

Beginn der Sitzung: 9.30 Uhr.

#### Präsident Wegart: Hohes Haus!

Heute findet die dritte Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XI. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Regierungsmitglieder mit Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, obliegt mir die traurige Pflicht, eines Kollegen zu gedenken.

Volksschuldirektor in Ruhe Alois Klobasa, der nahezu 17 Jahre, und zwar vom 14. April 1961 bis 23. Oktober 1978, als Mitglied des Steiermärkischen Landtages dem Hohen Haus angehörte, ist am 26. November 1986 im 69. Lebensjahr verstorben.

Sein Einsatz im Landtag erstreckte sich auf die Mitgliedschaft im Kontroll-Ausschuß und im Volksbildungs-Ausschuß, dessen Obmannstellvertreter er war.

Er war ferner Ersatzmitglied im Landwirtschafts-Ausschuß und im Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß.

Weiters war Alois Klobasa von 1952 bis 1974 Mitglied des Kollegiums des Bezirksschulrates, von 1955 bis 1961 Gemeinderat und Gemeindegassier in Gosendorf und von 1965 bis 1978 Bezirksvorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs des Bezirkes Feldbach.

1975 wurde ihm vom Herrn Bundespräsidenten das Goldene Ehrenzeichen der Republik Österreich verliehen.

Eine würdige Ehrung für sein öffentliches Wirken.

Wir alle, die wir mit Alois Klobasa in diesem Hohen Haus arbeiten durften, haben ihn durch seinen Fleiß und durch seine Kollegialität in herzlicher Erinnerung.

Der Steiermärkische Landtag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Kundgebung der Trauer.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise:

der Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 24/1, der Abgeordneten Neuhold, Harms, Fuchs und Ing. Stoisser, betreffend den Ausbau der Bundesstraße 73, Kirchbach–Graz;

den Antrag, Einl.-Zahl 25/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schwab, Pörtl und Dr. Lopatka, betreffend die stärkere Berücksichtigung energiepolitischer Maßnahmen im Wohnbau und Förderung von Vorhaben zur Erforschung und Erprobung alternativer, unkonventioneller und ökologisch verträglicher Energieformen;

den Antrag, Einl.-Zahl 26/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Schützenhöfer und Bacher, betreffend die Einrichtung eines Departments für Psychiatrie an der Universitätsklinik für Neurologie und Psychiatrie;

den Antrag, Einl.-Zahl 27/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Schützenhöfer und Bacher, betreffend die Trennung der Psychiatrie von der Neurologie;

den Antrag, Einl.-Zahl 28/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Präsident Klasnic, DDr. Steiner, Prof. Dr. Eichinger und Pinegger, betreffend die Freistellung der Dienststellenobmänner der Personalvertretung der Landeslehrer;

den Antrag, Einl.-Zahl 29/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Schützenhöfer und Bacher, betreffend Umwandlung des Departments für Psychiatrie in eine Klinik für Psychiatrie;

den Antrag, Einl.-Zahl 30/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Dipl.-Ing. Schaller und Göber, betreffend die Änderung der Amtsarzt Ausbildung;

den Antrag, Einl.-Zahl 31/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Schützenhöfer und Bacher, betreffend die Umbenennung des Landes-Sonderkrankenhauses;

den Antrag, Einl.-Zahl 32/1, der Abgeordneten Schwab, Dipl.-Ing. Schaller, Buchberger, Kröll und Kanduth, betreffend die Zurverfügungstellung von finanziellen Mitteln des Bundes für die Verwirklichung des Nationalparkes Niedere Tauern;

den Antrag, Einl.-Zahl 33/1, der Abgeordneten Schwab, Dipl.-Ing. Schaller, Buchberger, Pörtl und Grillitsch, betreffend die Berücksichtigung von Naturschutzgebieten hinsichtlich der Festsetzung der Höhe der Einheitswerte;

den Antrag, Einl.-Zahl 34/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Buchberger, Dr. Lopatka und Harms, betreffend das Verbot von Phosphaten und sonstigen gefährlichen Umweltchemikalien in Wasch-, Spül- und Reinigungsmitteln und rasche Verabschiedung des Chemikaliengesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 35/1, der Abgeordneten Bacher, Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Pörtl, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Dr. Lopatka, betreffend die Schaffung von Ausbildungsplätzen für promovierte Mediziner aus der dritten Welt in der Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 36/1, der Abgeordneten Bacher, Grillitsch, Schwab und Kollmann, betreffend einen leistungsfähigen Ausbau der Bundesstraßen B 96 und B 83;

den Antrag, Einl.-Zahl 37/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Schützenhöfer, Schwab, Präsident Klasnic, Dr. Hirschmann, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Dr. Dorfer, betreffend die jährliche Vorlage eines steiermärkischen Jugendbeschäftigungsberichtes durch die Steiermärkische Landesregierung;

den Antrag, Einl.-Zahl 38/1, der Abgeordneten Schrammel, Präsident Klasnic, Pörtl, Fuchs und Prof. Dr. Eichinger, betreffend die Schaffung von Arbeitsplätzen in Pendlerbezirken;

den Antrag, Einl.-Zahl 39/1, der Abgeordneten Schrammel, Präsident Klasnic, Prof. Dr. Eichinger und Purr, betreffend verstärkte Einstellung Behinderter im Bundesdienst;

den Antrag, Einl.-Zahl 40/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Schwab und Pußwald, betreffend zahnärztliche Vorsorge in der Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 41/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Dr. Hirschmann, Schwab und Schrammel, betreffend die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen an Landesstraßen;

den Antrag, Einl.-Zahl 42/1, der Abgeordneten Präsident Klasnic, Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Schrammel, betreffend die Erstellung eines steirischen Gesundheits- und Sozialplanes;

den Antrag, Einl.-Zahl 43/1, der Abgeordneten Dr. Maitz, Harms, Kröll und Dr. Lopatka, betreffend die Einführung eines Bauanwaltes;

den Antrag, Einl.-Zahl 44/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Dorfer, Dr. Hirschmann, Schwab, Kollmann, Dr. Lopatka und Bacher, betreffend die Schwerpunktsetzung im Bereich neuer Technologien;

den Antrag, Einl.-Zahl 45/1, der Abgeordneten Harms, Neuhold, Buchberger und Schrammel, betreffend die Gewährung einer Förderung für die Errichtung einer Pflegestation Feldbach–Bad Gleichenberg;

den Antrag, Einl.-Zahl 46/1, der Abgeordneten Purr, Dr. Dorfer, Pinegger, Ing. Stoisser und Dr. Lopatka, betreffend die rasche Verwirklichung einer Eisenbahnverbindung Wien–Hartberg–Graz–Deutschlandsberg (Koralmtunnel)–Klagenfurt–Villach–Triest;

den Antrag, Einl.-Zahl 47/1, der Abgeordneten Neuhold, Pörtl, Schrammel, Schwab und Fuchs, betreffend Novellierung des Gemeindegewässerleitungsgesetzes 1971, LGBl. Nr. 42;

den Antrag, Einl.-Zahl 48/1, der Abgeordneten Dr. Dorfer, Ing. Stoisser, Pörtl, Kanduth und Kollmann, betreffend die Schaffung von gesetzlichen Bestimmungen für ein steuerbegünstigtes Sparen mit gefördertem Anschlußkredit zwecks Gründung eines selbständigen Unternehmens;

den Antrag, Einl.-Zahl 49/1, der Abgeordneten Schrammel, Präsident Klasnic, Schützenhöfer und Kollmann, betreffend die Berufung eines Sozialombudsmannes im Land Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 50/1, der Abgeordneten Harmtodt, Neuhold, Schrammel und Fuchs, betreffend die Unterstützung der Errichtung einer Tagesheimstätte für Behinderte in Feldbach;

den Antrag, Einl.-Zahl 51/1, der Abgeordneten Schwab, Dr. Hirschmann, Buchberger, Ing. Stoisser, Dipl.-Ing. Schaller und Grillitsch, betreffend die Novellierung der Steiermärkischen Bauordnung bei Anträgen auf Abbruch alter Bauernhäuser und Wirtschaftsgebäude sowie alter Gebäude im allgemeinen;

den Antrag, Einl.-Zahl 52/1, der Abgeordneten Kammlander, Dipl.-Ing. Dr. Korber, Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Aufforderung der Landesregierung, zum Zweck der Einrichtung von öffentlich einsehbaren Wartelisten der um Einstellung in den Schuldienst ansuchenden Volks-, Haupt- und Sonderschullehrer(innen) auf den Landesschulrat für Steiermark in entsprechender Weise einzuwirken;

den Antrag, Einl.-Zahl 53/1, der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Kammlander und Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend den Verkauf der Anteile des Landes Steiermark an der Versicherungsanstalt der Österreichischen Bundesländer Aktiengesellschaft;

dem Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 54/1, betreffend die Optionsrechtseinräumung auf Erwerb der Grundstücke 40/3, 41, 130/2 und 1831 im unverbürgten Gesamtflächenausmaß von 7741 Quadratmeter mit darauf befindlichen Baulichkeiten laut Lageplan der Dipl.-Ing. Hilmar und Hinrichs, 8230 Hartberg, GZ.: 5032/H/81/1, vom 24. November 1981 beziehungsweise 21. August 1986 durch die Firma Höfler Ges. m. b. H., Reinigungsservice, 8233 Lafnitz 68, beziehungsweise die Raika Weiz-Krottendorf, reg. Gen. m. b. H., Kapruner-Generator-Straße 12, 8160 Weiz, und Optionsrechtseinräumung auf Erwerb der Grundstücke 40/2 und 40/4 laut obigem Plan im unverbürgten Flächenausmaß von 2502 Quadratmeter samt darauf befindlichen Baulichkeiten durch die Firma Franz Lind, Bau- und Möbelschlerei, 8233 Lafnitz 68;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 55/1, betreffend Thermalquelle Loipersdorf-Ges. m. b. H., Reassumierung von Teilen des Regierungsbeschlusses vom 14. November 1977, Zustimmung zum Verkauf von landeseigenen Grundstücken in Loipersdorf an Dipl.-Ing. Joachim und Ursula Marterer, BRD, und Familie Maier, Söchau, zum Schätzpreis; grundsätzliche Genehmigung zum Abverkauf von landeseigenen Liegenschaften zum Schätzpreis;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 56/1, betreffend die Versicherungsanstalt der Österreichischen Bundesländer-Versicherungs-AG., Veräußerung des Bezugsrechtes des Landes Steiermark an jungen Aktien um 11,7 Millionen Schilling;

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 19/1, Beilage Nr. 4, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landwirtschaftliche Siedlungs-Landesgesetz geändert wird (2. Siedlungsgesetz-Novelle);

dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 57/1, betreffend den Rechenschaftsbericht der Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für das Jahr 1985;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 58/1, betreffend den Übertritt des Landesrechnungshofdirektorstellvertreters Wirkl. Hofrat Dr. Egbert Thaller in den dauernden Ruhestand mit 31. Dezember 1986 wegen Vervollendung des 65. Lebensjahres.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Nach Paragraph 54 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Landtag mit Stimmzetteln vorzunehmen, wenn nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Wahlen, mit Ausnahme der Wahl des Landeshauptmannes, durch Erheben einer Hand durchzuführen.

Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben.

Dieser Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über.

Wahl der Bundesräte: Die Steiermark hat zehn Mitglieder in den Bundesrat zu entsenden. Davon entfallen nach dem Verhältniswahlrecht auf die Österreichische Volkspartei sechs und auf die Sozialistische Partei Österreichs vier Mitglieder. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen.

Die Österreichische Volkspartei schlägt vor:

Als Mitglieder: Ing. Anton Nigl, Gesandter Dr. Friedrich Hoess, Alexander Haas, Herbert Weiss, Grete Pirchegger, Hans Guggi.

Als Ersatzmitglieder: Ing. Alfred Wahl, Alfred Gerstl, Dr. Vinzenz Liechtenstein, Viktor Huber, Elisabeth Leitner, Hans Jauk.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Der Wahlvorschlag ist mit Mehrheit angenommen.

Die Sozialistische Partei Österreichs schlägt vor:

Als Mitglieder: Dr. Eleonore Hödl, Johanna Schicker, Adolf Schachner, Dr. Martin Wabl.

Als Ersatzmitglieder: Werner Albler, Erna Minder, Günther Prutsch, Kommerzialrat Erwin Stross.

Auch hier ersuche ich die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Auch dieser Wahlvorschlag ist mit Mehrheit angenommen.

Nunmehr bitte ich die Klubobmänner um Bekanntgabe, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder die Wahl annehmen. Hiezu erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer das Wort.

**Landeshauptmann Dr. Krainer:** Die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder nehmen die Wahl an.

**Präsident:** Ich danke und ersuche nun den Sprecher der Sozialistischen Partei, Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross, namens seiner Fraktion um eine Erklärung, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder die Wahl annehmen.

**Landeshauptmannstellvertreter Gross:** Auch unsere gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder nehmen die Wahl an.

**Präsident:** Ich danke. Ich bitte nun die frischgewählten Bundesräte, sich auf die ihnen zugewiesenen Plätze zu setzen. (Allgemeiner Beifall.)

Nun kommen wir zur Wahl des Landeshauptmannes. Ich ersuche einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei um Erstattung eines Wahlvorschlages.

**Präsident Klasnic:** Für das verantwortungsvolle Amt des Landeshauptmannes schlage ich Herrn Dr. Josef Krainer vor.

**Präsident Wegart:** Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zum eigentlichen Wahlvorgang.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Prof. Dr. Karl Eichinger und Margareta Meyer, je zwei Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten einen Stimmzettel wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen. Es gibt also jeder Abgeordnete nur einen Stimmzettel ab. Ich bitte die Abgeordneten Prof. Dr. Karl Eichinger und Margareta Meyer, zu mir zu kommen.

Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

**Abg. Kammlander:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Denjenigen von Ihnen, die heute schon die Mur überquert haben, wird aufgefallen sein: sie ist wieder grün. Vielleicht ist dies das Ergebnis der Bemühungen der Landesregierung, sich unsere Stimmen bei der heutigen Wahl des Landeshauptmannes und der Landesregierung zu sichern. Die Grün-Alternative Liste Steiermark VGÖAL wird der Wahl von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer beziehungsweise der Landesregierung nicht zustimmen, da die von diesen bisher verfolgte Politik in wesentlichen Punkten unseren Vorstellungen widerspricht, wie zum Beispiel: Der Landeshauptmann, die Landesregierung haben sich nicht gegen den Kauf von Abfangjägern, egal welcher Art, ausgesprochen. Was uns schon deshalb trifft, da bekannt ist, daß insbesondere die steirische ÖVP jederzeit ihre Anliegen in Wien durchzusetzen in der Lage ist. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Sehr lustig!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Der Fasching beginnt erst!“) Es ist wahrscheinlich nicht der neueste Stand. Wenn Sie sich jetzt ein wenig beruhigt haben, möchte ich weiterfahren. In der Steiermark fallen wesentliche Entscheidungen ohne gesetzliche Grundlage und ohne Transparenz. Dazu zählen: die Einstellung von öffentlichen Bediensteten. Es gibt noch immer keine öffentlich einsehbare Warteliste für Lehrer. Oder die Vergabe der Wohnbauförderungsmittel. Es gibt keine Punkte-liste dafür. Weiters: Die Parteienfinanzierung ebenso

wie die Repräsentationskosten dürfen in der Steiermark, unserer Meinung nach dem wirtschaftlichen Problem-Bundesland Österreichs, nicht über dem Bundesdurchschnitt liegen. Es erfolgen noch immer keine ausreichenden Weichenstellungen für den ökologischen Umbau in der Steiermark. Es sind im Landesvoranschlag 1987 abermals Sondermittel für den Straßenbau anstatt für den öffentlichen Verkehr vorgesehen. Nach wie vor wird nicht an die Bereitstellung der entsprechenden Landesmittel für die Inanspruchnahme der Nahverkehrsmilliarde gedacht. Wir können angesichts der kritischen Umwelt und Arbeitsmarktentwicklung in der Steiermark keinen Vertrauensvorschuß in Form einer Zustimmung zur Wahl geben. Selbstverständlich suchen wir die Zusammenarbeit mit allen Landtagsfraktionen mit einzelnen –. Jetzt fehlt mir ein Stückchen Moment, kommt schon! Es fehlt mir jetzt wirklich der Zettel. Ich hoffe, daß Sie das, was Sie hier an Wortmeldungen bringen, auch vor Ihren Wählern verantworten können. (Abg. Schrammel: „Ich danke sehr für die Belehrung!“) Es ist aber wirklich so, daß Sie für alles das, was Sie hier herinnen sagen, zur Verantwortung gezogen werden. Ich hoffe, daß Sie das ernst nehmen. (Abg. Dr. Dorfer: „Sie aber auch!“) Ich danke schön.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Uns wurde bei der Klubobmännerkonferenz die Geschäftsordnung kundgetan, das heißt, daß eine Stimmenthaltung bei der Personenwahl nicht möglich ist. Wir sind aber trotzdem der Ansicht, daß es auch eine Stimmenthaltung geben muß, und zwar deswegen, da erstens ein reiner Vertrauensvorschuß auf Grund der Situation der Steiermark einfach für uns nicht möglich ist. Ich glaube, das ist auch unser Wahlauftrag, beziehungsweise hätten wir gar nicht kandidieren brauchen, wenn wir Ihnen allen – (Abg. Dr. Dorfer: „Mißtrauen ist aber kein Auftrag!“) Das kommt dann zweitens, das Mißtrauen. Es ist einfach die Problematik so, daß wir deswegen kandidiert haben, um gewisse Dinge in der Steiermark klarzustellen. Das Zweite ist, wir sind nicht in der Lage, und hier muß man vor allem die Parteienverhandlungen, die bisher geführt wurden, sehr positiv erwähnen, es war hier eine Fairness gegenüber, wir haben keinen Grund, jemandem mit absolutem Mißtrauen entgegenzutreten.

Daher würde ich Sie bitten, meine persönliche Meinung beziehungsweise jene der Stimmenthaltung zu akzeptieren. Die Zustimmung zu Ihrer Politik, die Sie bisher geführt haben, können Sie in allen Punkten haben, wenn sie in Richtung Ökologie und Vergleichmäßigung der Ungerechtigkeiten der Bürgerpolitik dienlich ist. Wenn Sie bereit sind, einen Großteil Ihrer Wahlversprechen einzuhalten, dann werden Sie unsere Zustimmung bekommen. Unsere Aufgabe ist es auch, jene Wahlversprechen, die Sie in guter Absicht und besten Voraussetzungen getätigt haben, gemeinsam hier in den nächsten fünf Jahren zu behandeln. Das heißt, unsere Politik ist nicht eine Politik der Abstimmung, daß wir hier einfach abstimmen und mit

konstruiertem Mißtrauen beziehungsweise Ihnen einfach immer dagegenstimmen werden, sondern wenn Sie gute Vorschläge bringen, werden wir die ersten sein, die das auch öffentlich vertreten werden. Aber so, wie es jetzt läuft, daß die Steiermark ausersehen ist, als Giftmüllkübel Europas zu dienen, was gerade über Tirol noch abzuwenden war, daß man sieht, was in Wundschuh passiert, das ist wirklich ein „wunder Schuh“ in der Umweltpolitik in der Steiermark. Da können wir einfach in der jetzigen Phase kein volles Vertrauen geben. Das Dritte ist: Die Steiermark ist zur Zeit noch das Land der Gegensätze. Wir haben die größte Jugendarbeitslosigkeit und die höchsten Parteienfinanzierungen. Wir haben Probleme, wo wir einfach im Bundesdurchschnitt extrem liegen; unsere Aufgabe wird es sein, das mit Kompromissen möglichst auszugleichen. Ich danke.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

**Abg. Mag. Rader:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir vollziehen heute durch die Wahl der Landesregierung im Landtag den letzten formalen Schritt auf Grund des Ergebnisses einer Landtagswahl, deren Wählerbewegung durch eine in der Zwischenzeit erfolgte Wahl in den Österreichischen Nationalrat ergebnismäßig bereits überholt ist. Am 23. November hat sich eine deutlichere, akzentuiertere Wählerbewegung entwickelt, als am 21. September absehbar war.

Die zum Teil öffentlich geführten Diskussionen seit dem 21. September zwischen den steirischen Landtagsparteien haben zum weiteren gezeigt, daß das vielgerühmte Wort vom „steirischen Klima“ durch die Entwicklung ebenfalls überholt ist und die Mehrheit in diesem Haus sehr deutlich signalisiert hat, daß sie entschlossen ist, diese Mehrheit notfalls auch einzusetzen.

Wir Freiheitlichen haben die feste Absicht, in der vor uns liegenden Legislaturperiode jenen inhaltlichen Wählerauftrag zu erfüllen, der uns aus den beiden Wahlen der letzten zwei Monate zugegangen ist.

Meine Damen und Herren! Wir werden uns weiter vehement und verstärkt dafür einsetzen, daß im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzproblematik den Menschen nicht vorgespielt wird, daß die Politik die Wirtschaft ersetzen kann und darf. Natürlich hat die große Koalition, die bis 1966 Österreich aufgeteilt hat, in verschiedenen Bereichen diese Aufteilung weitere 20 Jahre überstanden. Das hat schließlich dazu geführt, daß die Probleme vor der Entscheidung hergeschoben wurden, bis die Auswirkungen dramatisch wurden. Das zeigt, meine Damen und Herren, die Problematik der nun drohenden Neuauflage dieser Regierungsform auf Bundesebene.

Wir werden uns weiterhin vehement dafür einsetzen, daß im obersteirischen Raum primär kleine und mittlere Gewerbebetriebe angesiedelt werden können, damit die Region aus eigener Kraft mit dem Fleiß der Arbeitnehmer und mit dem Mut zum Risiko der Unternehmer saniert werden kann.

Ich bin froh, daß es gelungen ist, mit der Mehrheitspartei zu vereinbaren, daß die Initiative der Firma Job Creation fortgeführt werden kann.

Und wenn wir uns dazu bekennen, daß Bund und Land und Gemeinden gemeinsam arbeiten sollen, dann muß sich auch die Steiermark dazu bekennen, dieses Projekt fortzuführen und endgültig zu realisieren.

Meine Damen und Herren, der 21. September, aber noch vielmehr der 23. November waren ein Votum gegen die Parteibuchwirtschaft in unserem Land.

Ich begrüße außerordentlich die ersten Versuche, doch ein Objektivierungssystem bei den Aufnahmen in den Landesdienst einzuführen und den praktischen, aber auch theoretischen Einfluß politischer Parteien auf Personalentscheidungen zurückzudrängen.

Die Vereinbarung, die bis jetzt vorliegt, ist noch lange nicht die Abschaffung der Parteibuchwirtschaft, aber sie gibt die Chance, durch ein Punktesystem Objektivität in die steirische Personalpolitik einziehen zu lassen.

Wir Freiheitlichen bekennen uns zu dieser Chance, kündigen aber gleichzeitig an, daß wir die Entwicklung des harten Kerns, nämlich des objektiven Punktesystems, sehr genau beobachten werden und haben hierfür den anderen Parteien bereits einen Vorschlag unterbreitet.

Ich hoffe sehr, meine Damen und Herren, wenn Sie mir diese Anmerkung erlauben, daß die Ankündigung des Landeshauptmannes vor der Landtagswahl, daß „sein Parteibuch die Steiermark ist“, in Verbindung mit seinen ständigen Anmerkungen, daß er die gesamte Steiermark repräsentiert, nicht als gefährliche Drohung anzusehen ist. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Sehr witzig!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In wenigen Wochen werden jene gesetzlichen Bestimmungen in Kraft treten, die den Steirerinnen und Steirern die Möglichkeit mehr direkter Demokratie geben sollen.

Das ist gut so, und schon auf Grund der Interessenslage wird es vor allem im Interesse kleinerer Parteien sein, sicherzustellen, daß von diesen direktdemokratischen Mitteln auch wirklich Gebrauch gemacht wird.

Die Wählerinnen und Wähler haben uns sowohl am 21. September als auch am 23. November zur drittstärksten Partei in diesem Lande gemacht, der Volkspartei aber im Landtag die absolute Mehrheit gegeben.

Wir Freiheitlichen werden daher im Interesse dieser Wähler und im Interesse aller Bürger, die sich weder der schwarzen noch der roten Reichshälfte zuordnen lassen wollen, Bevölkerungsgruppen und Bürgern bei der Handhabung der direktdemokratischen Möglichkeiten hilfreich zur Seite stehen, ihnen organisatorische Aufgaben abnehmen und im Interesse unserer Wähler auch selbst Initiative vorantreiben.

Die erste dieser Initiativen wird die Einleitung eines Volksbegehrens sein, das sicherstellen soll, daß bei einem der brennendsten Probleme, nämlich der Müllentsorgung, das Spiel aufhört, daß Verantwortung zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften und Politikern hin- und hergeschoben wird und daß auf Grund dieser Mentalität einzelne clevere Geschäftsleute Erfolge erzielen, die in keiner Relation zu dem Risiko stehen, das sie gegenüber den Spätfolgen allfälliger Deponien wirklich zu tragen imstande sind.

Da ich weiß, meine Damen und Herren, daß auch andere politische Gruppierungen an dieser Initiative

interessiert sind, darf ich ausdrücklich alle herzlich einladen, dabei mitzumachen, und werde jenen, mit denen ich schon gesprochen habe, in den nächsten Tagen einen Gesetzesvorschlag übermitteln.

Wir, meine Damen und Herren, werden dafür sorgen, daß die direkte Demokratie in der Steiermark keine leere Hülse bleibt.

Mag die Landesverfassung Volkspartei und Sozialistische Partei in der Landesregierung quasi zu einer Zwangskoalition zusammendrängen, unser Koalitionspartner wird der Bürger sein, und ich bin überzeugt, daß gemeinsam mit ihm ebenfalls entscheidende Initiativen zu realisieren sein werden.

Meine verehrten Damen und Herren! Wenn wir daher allen heute eingebrachten Wahlvorschlägen von Landeshauptmann und Landesregierung unsere Zustimmung erteilen werden, so tun wir das mit der Ankündigung, daß unsere Haltung gegenüber den Maßnahmen dieser Landesregierung noch kritischer sein wird, als das in den vergangenen Jahren schon der Fall war.

Wir Freiheitlichen haben 30 Jahre lang das Oppositionshandwerk gelernt, und wir werden in der kommenden Legislaturperiode beweisen, daß diese Art der harten, aber konstruktiven Opposition in unserem Land unverzichtbar war, unverzichtbar ist und unverzichtbar sein wird.

Wir werden dabei die Hilfe aller jener gerne in Anspruch nehmen, die diese konstruktive Opposition unterstützen wollen, egal, ob sie sich innerhalb oder außerhalb dieses Hauses befinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Klubobmann der freiheitlichen Landtagsfraktion biete ich allen anderen Fraktionen für diese Legislaturperiode Fairneß und Zusammenarbeit an und wünsche dem Steiermärkischen Landtag für die kommende Gesetzgebungsperiode ein positives Wirken zum Wohle unserer Heimat.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Tradition dieses Hohen Hauses entsprechend, geben die Repräsentanten der im Landtag vertretenen Parteien eine Erklärung ab, bevor der Landeshauptmann für die neue Legislaturperiode gewählt wird.

Die Ausgangslage der steirischen Sozialdemokraten vor dieser XI. Legislaturperiode des Steiermärkischen Landtages läßt sich in kurzen Worten umreißen.

Wir sind – dem Ergebnis der Landtagswahl dieses Jahres entsprechend – mit zwei Abgeordneten weniger als bisher in diesem Hohen Haus vertreten, und ich habe bereits am Wahlabend erklärt: Wir haben unser Wahlziel nicht erreicht, wir haben eine Wahl verloren. Die ÖVP und die FPÖ haben ihre Mandatsstärke gehalten, und erstmals sind zwei „grüne“ Abgeordnete in den Steiermärkischen Landtag eingezogen. Vor dem Hintergrund dieses Wahlergebnisses waren die Parteienverhandlungen der letzten Wochen schwieriger zu führen denn je.

Wir Sozialdemokraten, die wir uns seit jeher zur Zusammenarbeit bekannten, haben in wochenlangen Verhandlungen mit der ÖVP ein Ergebnis erreicht, von dem wir sagen können, daß es eine künftige gemeinsame Arbeit für die Steiermark ermöglicht.

Lassen Sie mich aber eines in aller gebotenen Deutlichkeit sagen: Seit wir 1981 zum letzten Mal einen Landeshauptmann gewählt haben, sind die Probleme und die drängenden existentiellen Fragen der Menschen in der Steiermark keineswegs geringer geworden. Im Gegenteil. Sie haben eine Dimension erreicht, die wir auch bei bestem Willen mit einer steirischen Kraftanstrengung allein nicht mehr leisten können. Wir brauchen dazu die Hilfe des Bundes im Sinne einer verantwortungsvollen Regierungspolitik und einer gesamtösterreichischen Solidarität, wie wir sie oft verlangt haben. Die ersten Auswirkungen einer solchen spüren wir bereits in Form von Ansätzen zu Strukturverbesserungen und Investitionsimpulsen für die verstaatlichte Industrie in der Steiermark, und hier vor allem für den obersteirischen Raum.

Wir steirischen Sozialisten bekennen uns auch zu Beginn dieser neuen Legislaturperiode zu unserer aus alter Tradition gewachsenen Verantwortung für die Zehntausenden Arbeitnehmer, die für die steirische Heimat arbeiten. Es muß unser aller erklärtes Ziel sein, diesen Menschen die Grundlage für eine gute Zukunft zu schaffen, ohne betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten zu negieren und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu gefährden.

Es wäre aber meiner Meinung nach grundsätzlich falsch, über den Strukturfragen der Obersteiermark die Probleme der Grenzlandbezirke, der Oststeiermark, der weststeirischen Industrieregion und des Großraumes Graz zu vergessen.

Das kann sich aber nicht nur auf die Eisen- und Stahlindustrie beschränken, denn ebenso hat unsere Sorge den Arbeitsplätzen im Gewerbe und Handel, den Klein- und Mittelbetrieben als wichtigen Strukturträgern und den Anliegen der ländlichen Bevölkerung zu gelten.

Eine der wichtigsten Forderungen der steirischen Sozialdemokraten zur Verbesserung der Infrastruktur unseres Landes wird auch in dieser Legislaturperiode zweifellos der rasche weitere Ausbau der Verkehrsverbindungen sein müssen. Ich denke dabei an verschiedene Großprojekte der ÖBB und an Straßenprojekte, wie den Vorrang für den Ausbau der Pyhrnautobahn und den leistungsfähigen Anschluß an die Großhäfen der nördlichen Adria.

Denn unser aller Ziel – glaube ich – muß es sein, die Steiermark nicht als das zu akzeptieren, was sie derzeit auf Grund der Statistik darstellt: nämlich jenes Bundesland mit der höchsten Arbeitslosigkeit und dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen aller Arbeitnehmer in Österreich. Und, meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, wir können es schaffen, wenn wir in Hinblick noch mehr als bisher das Gemeinsame vor das Trennende stellen. Dann kann es auch bei uns in der Steiermark wieder aufwärtsgehen.

Ich bin aber auch zutiefst davon überzeugt, daß unser Land gerade jetzt ein Klima der geistigen und kulturellen Freiheit braucht, in dem ebenso kritische wie schöpferische Kräfte entstehen, wirken und ihre Heimat finden können.

Um dies durchzusetzen, brauchen wir in unserem Land mehr Bürgernähe in der Politik und mehr Instrumente der direkten Demokratie.

Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit eine Novellierung unserer Landesverfassung gefordert. Wir haben ebenso eine Anpassung der Geschäftsordnung des Landtages gefordert, die Änderung des Wahlrechts, und wir werden diese Anliegen auch in Zukunft vertreten.

Nicht ausgenommen von diesem Streben nach mehr Demokratie kann auch die Personalpolitik des Landes bleiben. Die im Landtag vertretenen Parteien sind daher übereingekommen, eine Regelung für die Objektivierung der Personaleinstellungen zu erstellen, die ab 1. Jänner 1987 wirksam wird. Damit konnte eine mehr als zehnjährige Forderung, die wir Sozialdemokraten immer wieder erhoben haben, zu einem hoffentlich befriedigenden Abschluß gebracht werden.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben in der abgelaufenen Legislaturperiode zu vielen wichtigen Themen zahlreiche Anträge eingebracht, und wir werden auch künftig neue Initiativen setzen und die nicht erledigten Anliegen der abgelaufenen Periode mit aller Kraft weiterverfolgen.

Ich darf hier besonders auf folgende wichtige Bereiche verweisen: Umweltschutz, Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung, Abwasserbeseitigung, Mittelstandsförderung, Kehrordnung.

Wir werden uns in Zukunft aber auch darüber klar sein müssen, daß Bund und Land die Finanzierbarkeit ihrer für die Gemeinden wirksamen Gesetze und Verordnungen gewährleisten müssen. Denn, das glaube ich, wissen wir alle, die Gemeinden sind längst an der Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit angelangt. Ich sage dies als politischer Referent für die 135 steirischen SPÖ-Gemeinden, in denen nahezu 684.000 Steirerinnen und Steirer, also rund 57 Prozent der Menschen unseres Landes, leben.

Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Noch wissen wir nicht, welche Regierungsform auf Bundesebene wir in den nächsten vier Jahren haben werden. Vieles deutet darauf hin, daß es zu einer großen Koalition neuen Stils kommen wird. Ich begrüße daher diese Form der Regierung, die letzten Endes dem Votum von 85 Prozent aller Wahlberechtigten Österreichs entspricht und die meiner Meinung nach am besten geeignet ist, die wirtschaftlichen und schwierigen Probleme unserer Heimat, der Republik, zu lösen.

Im Sinne dieser Überzeugung sind wir Sozialdemokraten nach den harten und langen Parteienverhandlungen auch diesmal wieder bereit, die Hand zur Zusammenarbeit aller im Landtag vertretenen Parteien zu reichen. Wir werden unsere Stimme heute bei der Wahl des Landeshauptmannes Dr. Josef Krainer geben.

Wir anerkennen damit das Ergebnis der letzten Landtagswahl und der nunmehr abgeschlossenen Parteienverhandlungen.

Werten Sie, Herr Landeshauptmann, dieses Votum als Beweis unserer demokratischen Haltung, als unser Bekenntnis zur aufrechten Zusammenarbeit über politische Grenzen hinweg, zum Wohle unserer steirischen Heimat und der Menschen, für die wir auch in Zukunft unser Bestes geben wollen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte nun die Stimmzettel einzusammeln und hier bei mir die Auszählung vorzunehmen.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Stimmentauszählung hat ergeben: Es wurden 56 Stimmen abgegeben. Davon entfielen 54 auf Dr. Josef Krainer, und zwei Stimmzettel waren leer. Es ist daher Dr. Josef Krainer mit der erforderlichen Stimmenmehrheit zum Landeshauptmann gewählt. (Allgemeiner, sehr starker Beifall.)

Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

**Landeshauptmann Dr. Krainer:** Ich nehme die Wahl an. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Verehrter Herr Landeshauptmann!

Im Namen des Präsidiums des Steiermärkischen Landtages und in meinem Namen beglückwünsche ich dich zu deiner Wahl.

Es ist eine schöne und zugleich schwere Verantwortung, die dir aufgetragen ist. Vor uns stehen neue Herausforderungen.

Ich wünsche dir von ganzem Herzen die notwendige Kraft sowie Glück und Segen für die Bewältigung kommender Aufgaben.

Gemeinsam wollen wir der Steiermark und ihrer Bevölkerung dienen.

In dieser Gesinnung Glück auf! für deine Arbeit. (Allgemeiner Beifall.)

Wir kommen nun zur Wahl der übrigen Regierungsglieder.

Nach Paragraph 28 des Landes-Verfassungsgesetzes besteht die Landesregierung aus neun Mitgliedern. Die Zahl der Regierungsglieder ist auf die Landtagsparteien im Verhältnis ihrer Mandatszahlen nach dem Verhältniswahlrecht der letzten Landtagswahl aufzuteilen.

Demnach entfallen auf die Österreichische Volkspartei fünf und auf die Sozialistische Partei Österreichs vier Regierungsglieder, wobei der Landeshauptmann in den auf seine Partei entfallenden Anteil an der Zahl der Regierungsglieder einzurechnen ist.

Ich ersuche einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei um einen Wahlvorschlag für die vier weiteren Regierungsglieder.

**Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher:** Ich schlage namens der Österreichischen Volkspartei Herrn Prof. Kurt Jungwirth, Herrn Dr. Helmut Heidingger, Herrn Dipl.-Ing. Josef Riegler und Herrn Dipl.-Ing. Franz Hasiba vor.

**Präsident:** Ich danke. Nunmehr ersuche ich einen Sprecher der Sozialistischen Partei um einen Wahlvorschlag von vier Regierungsgliedern.

**Abg. Dr. Strenitz:** Ich schlage namens der Sozialistischen Partei den bisherigen ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross und die bisherigen Landesräte Josef Gruber, Dr. Christoph Klauer und Gerhard Heidingger vor.

**Präsident:** Ich lasse über diese Wahlvorschläge getrennt abstimmen. Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die dem Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Wahlvorschlag ist mit entsprechender Mehrheit angenommen.

Nunmehr bitte ich die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit dem Wahlvorschlag der Sozialistischen Partei Österreichs einverstanden sind, um ein Handzeichen.

Der Wahlvorschlag ist ebenfalls mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Nunmehr ersuche ich die gewählten Regierungsmitglieder in der Reihenfolge des Aufrufes um ihre Erklärung, ob sie die Wahl annehmen:

Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross:

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross:** Ich nehme die Wahl an.

**Präsident:** Herr Landesrat Josef Gruber:

**Landesrat Gruber:** Ich nehme die Wahl an.

**Präsident:** Herr Landesrat Dipl.-Ing. Franz Hasiba:

**Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba:** Ich nehme die Wahl an.

**Präsident:** Herr Landesrat Gerhard Heidinger:

**Landesrat Heidinger:** Ich nehme die Wahl an.

**Präsident:** Herr Landesrat Dr. Helmut Heidinger:

**Landesrat Dr. Heidinger:** Ich nehme die Wahl an.

**Präsident:** Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Kurt Jungwirth:

**Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth:** Ich nehme die Wahl an.

**Präsident:** Herr Landesrat Dr. Christoph Klausner:

**Landesrat Dr. Klausner:** Ich nehme die Wahl an.

**Präsident:** Herr Landesrat Dipl.-Ing. Josef Riegler:

**Landesrat Dipl.-Ing. Riegler:** Ich nehme die Wahl an.

**Präsident:** Ich begrüße alle Regierungsmitglieder herzlichst und wünsche ihnen für ihre Arbeit viel Erfolg und Freude. (Allgemeiner Beifall.) –

Nunmehr erteile ich Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer das Wort.

**Landeshauptmann Dr. Krainer:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Das gesetzgebende Organ des Landes hat gerade auf Grund des Ergebnisses der Landtagswahlen vom 21. September die Steiermärkische Landesregierung

gewählt und ihr damit einen neuen Arbeitsauftrag für die kommenden fünf Jahre erteilt. Ich gratuliere den Herren Kollegen, die heute mit mir gewählt wurden, und ich wünsche für ihre Regierungstätigkeit viel Erfolg im gemeinsamen Interesse des Landes und seiner Menschen.

Gleichzeitig danke ich allen Damen und Herren für das Vertrauen, das sie heute auch mir in diesem Steiermärkischen Landtag entgegengebracht haben. Ich werde auch weiterhin darum bemüht sein, ein Landeshauptmann aller Steirerinnen und Steirer zu sein.

Das große Vertrauen, das mir am 21. September 1986 zuteil wurde, ist für mich auch eine ganz besondere und persönliche Verpflichtung. Die absolute Stimmenmehrheit in einer Vierparteien-Legislative ist bei uns – das kann man wohl sagen – eine echte Ausnahme-situation, wie die Beispiele des Steiermärkischen Landtages und des Österreichischen Nationalrates in den fünfziger und sechziger Jahren inklusive des jüngsten Nationalratswahlergebnisses vom 23. November 1986 zeigen. Der für uns gegebene Auftrag durch das Wahlergebnis ist in gründlichen Verhandlungen, dem Wählerwillen entsprechend, jene Grundlagen für eine konstruktive Arbeit in der neugewählten Landesregierung für die nächsten fünf Jahre zu schaffen. In diesem Sinne danke ich den Verhandlungsdelegationen aller vier Landtagsfraktionen für ihr intensives Engagement in diesen Verhandlungen. Es ist auch in den Erklärungen der Repräsentanten der drei anderen Landtagsfraktionen zum Ausdruck gekommen. Und ich danke vor allem für das sachorientierte Ringen um gute Resultate. Wir haben uns in diesen Verhandlungen, so wie es seit 1945 gute Tradition in diesem Land ist, zur Zusammenarbeit nach der vom Wähler bei den Landtagswahlen zugemessenen Gewichtung der jeweiligen Verantwortung bekannt. Mit dem erzielten Ergebnis in den Verhandlungen für eine neue Regierung haben alle an diesen Verhandlungen Beteiligten Augenmaß gezeigt und unserem Prinzip „Zusammenarbeiten und was weiterbringen“ Ehre gemacht. Ich möchte vor allem auch Ihnen, Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross, meinen persönlichen Respekt bekunden und auch meinen Dank dafür sagen, daß – wann immer es notwendig ist und in diesen Verhandlungen auch gewesen war – wir als Obmänner der beiden größten Fraktionen dieses Hauses, wenn auch manchenmal in harten Gesprächen, es liegt in der Natur der Sache, nach dem Prinzip miteinander gesprochen und verhandelt haben, um das Beste für dieses Land daraus zu machen. Dieser Wille zur Zusammenarbeit, meine Damen und Herren, ist gerade in schwierigen und in krisenhaften Zeiten besonders wichtig. In dieser Gesinnung haben wir auch den beiden nicht in der Landesregierung vertretenen Parteien sehr großzügige Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt. Auch jener Gruppierung, die sich heute außerstande sah, hier einen Vertrauensvorschuß dieser Landesregierung zu geben, was im übrigen ihr Recht ist. Und, meine Damen und Herren, auch in diesen Verhandlungen haben wir in der Gewichtung des Wählerentscheides der dritt- und viertstärksten Partei jeweils das nach diesem Ergebnis zugemessene Gewicht in diesen Verhandlungen zum Ausdruck gebracht. Ich halte persönlich – wie Sie wissen – die Integration unterschiedlicher Positionen bei gleichzei-

tig gegebener Entscheidungskraft für eines der Wesenselemente einer offenen Demokratie. Nur in dieser Dialektik von Zusammenarbeitsbereitschaft einerseits und von Entscheidungsfähigkeit andererseits ist es möglich, tragfähige und zukunftsweisende Lösungen zu erreichen, statt Probleme zu verschleppen, faule Kompromisse schließen zu müssen oder gar die Taktik überhandnehmen zu lassen, so wichtig sie ist. Nicht Instabilität und Immobilismus, sondern Stabilität und Dynamik sind geboten, wenn wir unsere Aufgaben meistern wollen. Vor allem gilt es, den Versuchungen von Lizitation und Demagogie, aber vor allem auch von intoleranter und fruchtloser Konfrontation, ja besonders von fundamentalistischer Polarisierung oder gar kurzatmiger Umfragepolitik entgegenzuwirken. Unsere Verantwortung ist es vielmehr, das unmittelbar Notwendige, das langfristig Wünschenswerte und das für die Zukunft Richtige auch in unserer Steiermark in den kommenden Jahren mehrheitsfähig zu erhalten, auch wenn es sich dabei oftmals um unangenehme und unpopuläre Einsichten handelt. Denn mehr denn je gilt die klassische Definition des großen Max Weber, wenn er gesagt hat, die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Dies darf nicht als Plädoyer dafür mißverstanden werden, in einem orientierungslosen Krisenmanagement steckenzubleiben, denn im nächsten Satz dieses legendären Vortrages, von Max Weber im Jahre 1919 in München gehalten, unter dem Titel „Politik und Beruf“, hat er gesagt, daß man nämlich das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt auch nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre. Und so, meine Damen und Herren, ist es unsere Verantwortung, die Brücke zu schlagen zwischen unseren angestrebten Idealen und weitreichenden Visionen auch auf der einen Seite und jenen beharrlichen und kleinen Schritten auf der anderen Seite, die das praktisch Erreichbare nicht selten kennzeichnen. Wir brauchen – so hat es Leszek Kolakowski gesagt – die „brüchige Koexistenz“ zwischen der skeptischen und der utopischen Geisteshaltung; utopische Ideen seien „als politisches Programm verhängnisvoll, aber als Wegweiser unerlässlich“.

In diesem Geiste wollen wir unsere Verantwortung und unseren Gestaltungsauftrag für unsere „Grüne Mark“ auch in Zukunft mit allem Einsatz wahrnehmen. Dieses Land ist schließlich kein Fluchtpunkt vor den Problemen der Republik und der Welt, wir sind vielmehr mit ihren Aufgaben und ihren Chancen untrennbar verbunden. Wir haben es oft gesagt, und ich wiederhole es auch an diesem Tag, wir stehen als jahrhundertlanges Grenzland und als Residenz Innerösterreichs in einem größeren geistigen und geopolitischen Zusammenhang hier im Südosten Mitteleuropas, hier am Schnittpunkt der drei großen europäischen Kulturkreise. Heute arbeiten weite Teile des ehemaligen Innerösterreichs in der regionalen Außenpolitik der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria zusammen, und diese gutnachbarliche und freundschaftliche Zusammenarbeit von Ländern auch unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Systeme ist so ein Synonym für Friedenspolitik, und das ist bei Gott nicht zu hoch gegriffen, in diesem Teil Europas, was mir auch angesichts neuer globaler Verhärtungen und Spannungen besonders wichtig erscheint und sicherlich auch Ihnen meine

Damen und Herren. Vor allem deshalb freue ich mich ganz besonders, daß mir der Präsident von Veneto, Professor Carlo Bernini, gestern auf der Durchreise von Budapest nach Venedig mitteilen konnte, daß unsere gemeinsame Initiative, nämlich die Zusammenarbeit in der ARGE Alpen-Adria auch um Grenzkomitate Ungarns zu erweitern, vor einem erfolgreichen Abschluß steht, was immerhin auch deshalb außerordentlich bemerkenswert ist, da in dieser Arbeitsgemeinschaft in Italien, sprich mit Friaul-Julisch-Venetien und dem Veneto, ja ein NATO-Staat in dieser Arbeitsgemeinschaft mitwirkt, mit Kroatien und Slowenien das blockfreie Jugoslawien, mit Kärnten, Oberösterreich, Salzburg und der Steiermark ein neutrales Land und mit Ungarn nun sogar ein Land, das dem Warschauer Pakt angehört. Ich möchte das nicht überbewerten, aber, meine Damen und Herren, eine solche Konstellation ist gerade auch in unserem Teil des Südostens Mitteleuropas von Wichtigkeit. Diese fruchtbare politische, wirtschaftliche und kulturelle Nachbarschaftspolitik begann im übrigen lange bevor es in den letzten Jahren insgesamt zu so einer erfreulichen Renaissance des Mitteleuropa-Begriffs und auf der anderen Seite des Donauraum-Gedankens gekommen ist, wie ihn etwa Jörg Mauthe oder Erhard Busek, in neuer Publikation übrigens, formuliert hat.

Mit Freude stellen wir fest, daß sich so bedeutende Schriftsteller wie auch der diesjährige Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, der angesehene polnische Professor Wladyslaw Bartoszewsky, den ich heuer im Sommer auch in der Grazer Burg als Gast des Landes begrüßen durfte, dieses mitteleuropäischen Gedankens ganz besonders annehmen. Wir haben aber auch eine ganz besondere Verantwortung innerhalb Österreichs, die wir gerade heuer anläßlich des 800-Jahr-Jubiläums der Georgenberger Handfeste, dieser „Magna Charta“ unserer Steiermark, in ganz besonderer Weise unterstreichen. Wir haben auch anläßlich der offiziellen Feier sozusagen innerhalb der Mauern des Schlosses Herberstein und während der großen Landesausstellung „Die Steiermark – Bollwerk und Brücke“ diese Magna Charta der Steiermark der Öffentlichkeit in einem besonderen Maße wiederum bewußtgemacht. Denn, meine Damen und Herren, das Bekenntnis zum föderalistischen Bundesstaat, die Treue zum gemeinsamen Vaterland und die gleichzeitige Eigenständigkeit eines lebendigen Föderalismus sind die in diesem ersten österreichischen Staatsvertrag festgeschriebenen zwei Seiten derselben Medaille und eine aus acht Jahrhunderten gewachsene lebendige Tradition unseres Landesbewußtseins. Das wird manchesmal hinter dem Semmering, wie wir alle wissen, nicht verstanden, aber auch deshalb, weil vielfach die Geschichtslosigkeit in unserem Lande Platz gegriffen hat. Wir haben daher in der Steiermark auf Grund unserer positiven Erfahrungen auf Landesebene in den letzten Jahren auch viele Denkanstöße zur Erneuerung des politischen Stils in Österreich, insbesondere auf der Grundlage des „Schweizer Modells“ gesetzt. Wir brauchen ganz einfach neue Formen der Partnerschaft, längerfristig angelegt. Mit einer, wie ich es immer wieder sage, Regierung der besten Köpfe und vor allem in der Zusammenarbeit und im ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Dazu gehören ganz einfach auch der Ausbau unserer Bürgerrechte sowie der

direkten Demokratie, so wie wir sie im Steirischen Volksrechtgesetz für unser Land hier in diesem Landtag verankert haben, aber ebenso ein Persönlichkeitswahlrecht, meine Damen und Herren, wenn gerade auch diese Vorstellungen zusammenpassen sollen. Nicht zuletzt ist eine Stärkung des Föderalismus, also ganz konkret der Länderrechte, in dieses notwendige Konzept der Vielfalt in der Einheit einzubringen. Professor Wolfgang Mantl, einer der wissenschaftlichen Vordenker der Verfassungs- und auch Demokratieinnovation in unserem Lande, hat kürzlich in einem Aufsatz festgestellt, daß ein solches „differenzierte Konkordanzmodell nicht Malheur, sondern eine Chance für Österreich“ wäre. Meine Damen und Herren, es ist sicherlich eine Chance, eine den Erfordernissen der Zeit entsprechende neue Phase der Politik in unserer Republik einzuleiten, in der Österreich wirklich vor den Parteien steht, sozusagen eine nationale Kraftanstrengung in aller Offenheit, in einer Allianz der Patrioten aller politischen Bekenntnisse und Richtungen sozusagen zu schmieden.

Auch alle im Parlament vertretenen Gruppen sind aufgerufen, ich sage ausdrücklich „alle im Parlament vertretenen Gruppen“, sich dieser ihrer Verantwortung in der je eigenen Weise zu stellen. Über die bestmögliche Ausgestaltung dieses Modells und nicht darüber, wie man es am ehesten verhindern kann, sollte ohne Scheuklappen diskutiert werden. Ich stimme mit Norbert Leser überein, wenn er schreibt: „Es ist daran zu erinnern und festzuhalten, daß die politischen Parteien“ – sagt dieser angesehene Sozialdemokrat – „unentbehrliche Bausteine und Fundamente der Demokratie sind, daß sie sich aber selbst um diese Schlüsselrolle bringen, wenn sie sich nicht selbst einbremsen, sondern auf den Zwang von außen warten.“ Zitat Ende.

Wir haben in der Steiermark von uns aus in der Vergangenheit viele mutige Schritte gerade auch in Fragen der Demokratie reform gemeinsam gesetzt. Ich bin davon überzeugt, daß wir es auch in Zukunft tun werden, durchaus auch in dem Sinne, in dem Sie es früher in Ihrer Erklärung formuliert haben. Es geht aber auch um ein Klima der Offenheit ganz allgemein. Es ist uns dabei aufgetragen, dieses in der Steiermark existierende und seit Jahrzehnten fruchtbringende Klima nicht nur passiv zu erhalten, sondern den schöpferischen Kräften aktiv neue Entfaltungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Wir brauchen die notwendige Spannung von Zuspruch und Widerspruch, auch die neuen Herren werden daraufkommen, wie sich dieses Klima hier verhält. Es ist nämlich ein scharfer Wind, der auch dieses Klima auszeichnet. Aber über allem stehen, wenn es um das Land geht, erfreulicherweise die Gemeinsamkeit und eben das steirische Klima. Ich sage Ihnen das ganz unpolemisch, weil das eine Erfahrung ist, die wir alle gemacht haben, als wir in dieses Haus eingezogen sind.

Meine Damen und Herren, wir brauchen diese notwendige Spannung von Zuspruch und Widerspruch auch durch die Nachdenklichen, auch durch die Unbequemen und auch durch die Kritischen. In allen Lebensbereichen geht es schließlich darum, die Vielfalt und den Reichtum der Talente und Begabungen unseres Landes in bestmöglicher Weise herauszufordern und echte Qualität zu fördern. Leistung, Fleiß, Tüchtigkeit, hohe berufliche und auch sportliche Qua-

lififikation, der ganze Ideenreichtum dieses Landes, sind in Wahrheit das größte Kapital für die notwendige Erneuerung überholter und zukunftsloser Strukturen, meine Damen und Herren. Erfreulicherweise sehen wir von den Bürgerinitiativen über die vielen freiwilligen Dienste an der Gemeinschaft – sei es in den Vereinen, sei es in der Sozial- und Entwicklungshilfe – ein neues und verstärktes Engagement der Bürger, das wir im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe weiter ermuntern wollen. Eine neue Menschlichkeit, um es auch hochgestochen zu formulieren, wird da sichtbar bei aller Unmenschlichkeit, die diese Zeit auch leider bedrückt. Wir brauchen, meine Damen und Herren, auch eine Stärkung der Familien und der Privatinitiative auf breitester Front, denn nur im Zusammenwirken mit öffentlichen Impulsen kann der Zukunft in unserem Lande Heimat gegeben werden. Ich sage es auch als ein Zeichen der Verbundenheit, die Kirchen unseres Landes geben uns in einer neugewonnenen ökumenischen Gesinnung seit dem Krieg ein gutes Beispiel in dieser Richtung. Um ein Großklima der Erneuerung geht es also in erster Linie, das aus der Joanneischen Tradition erwächst, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und Kultur ebenso bedeutend sind wie unsere Umwelt, wie die Fragen der Energiepolitik und die Fragen im Sozialbereich.

Meine Damen und Herren! Unser Landesbudget gilt zu Recht als das in Zahlen gegossene Arbeitsprogramm der Regierung unseres Landes. Und wir haben uns auch in dieser Frage gefunden in den harten Auseinandersetzungen der letzten Wochen. Ich möchte auch dem Herrn Landesfinanzreferenten meinen Respekt bekunden, daß nach den Auseinandersetzungen der letzten Wochen es zu einem Ergebnis gekommen ist, zu dem wir alle ja sagen können. Wir haben miteinander für die kommenden Jahre eine Budgetpolitik der Sparsamkeit Vorrang gegeben. Sparen, meine Damen und Herren, ist eine wichtige Tugend, aber nicht Selbstzweck. Daher haben wir gleichzeitig gezielte Investitionsschwerpunkte ermöglicht, um die Forderung nach einer mittelfristigen Budgetkonsolidierung mit jener der Beschäftigungssicherung in Einklang zu bringen. Und der Budgetexperte des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes, Dr. Gerhard Lehner, attestiert uns in seinem umfangreichen und brandneuen Budgetgutachten, daß es gelingen sollte, „den ersten Konsolidierungsschritt ohne größere Abschwächung der Beschäftigung zu setzen“. Insgesamt werden nach einer Studie durch den steirischen Landeshaushalt 1987 rund 53.000 Arbeitsplätze gesichert. Und, so Dr. Gerhard Lehner wörtlich, „es lassen sich aus der Zurückhaltung bei den Ausgaben im Voranschlag 1987 positive Wirkungen für den künftigen Spielraum des Landesbudgets erwarten“. Die Schaffung und die Sicherung von Arbeitsplätzen, vor allem von Beschäftigungschancen für junge Menschen, müssen weiterhin – meine Damen und Herren – unser landespolitisches Schwerpunktthema Nummer eins bleiben. Wir werden daher seitens der Steiermark, in einem Land mit vier Universitäten, eine innovative Forschungsausbildungs- und Qualifikationsoffensive starten und vor allem in der Wirtschaftsförderung die Akzente noch stärker auf die Innovation legen, wie es etwa mit unserem Technologiepark in Graz und auch in Leoben geschieht. Ich unterstreiche dabei neuerlich die bereits bei meinem Amtsantritt am

4. Juli 1980 von hier aus getroffene zentrale Aussage: „Wir kämpfen um jeden steirischen Arbeitsplatz.“ Nach diesem Motto haben wir in den letzten Jahren gemeinsam gehandelt und werden es auch in Zukunft tun. Die Größe und Dramatik der drückenden Probleme, vor allem der Verstaatlichten in der Obersteiermark, aber auch unserer Bauern, machen eines besonders deutlich: Wir brauchen nationale Solidarität für unser Land. Und so notwendig und wichtig es ist, durch Wirtschaftsförderungsmaßnahmen gefährdete Unternehmen zu sanieren, wo immer das gelingt, ebenso entscheidend ist es, daß wir die notwendigen Impulse für wirtschaftliche Zukunftsprojekte setzen. Und dabei geht es uns, meine Damen und Herren, um die enge Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Forschern mit den dynamischen Unternehmen unseres Landes, durchaus im Sinne des berühmten Nationalökonom, der lange auch in Graz gelehrt hat, nämlich Josef Schumpeters. Insbesondere aus den Klein- und Mittelbetrieben, die in der ganzen westlichen Welt wesentliche Träger zukunftsorientierter Innovation sind, muß auch dieser Impuls kommen. Die Steiermark hat vor über 20 Jahren als erstes österreichisches Bundesland mit ihrer gezielten außeruniversitären Forschungsförderung begonnen. Ich freue mich daher besonders, daß wir die Forschungsgesellschaft Joanneum in den abgeschlossenen Verhandlungen, nach einer Phase langer Turbulenzen, auf eine neue Grundlage haben stellen können. Denn die Förderung von Wissenschaft und Forschung ist keine Subvention, sondern eine wichtige Investition in unsere Zukunft. Wir werden der neuen Bundesregierung, sobald sie gebildet und im Amt ist, wie immer sie auch zusammengesetzt sein mag, unseren steirischen Standpunkt in einem umfassenden Steiermark-Memorandum präsentieren, das neben den übergroßen Arbeitsplatzsorgen auch die Grenzlandproblematik sowie Umwelt-, Wissenschafts- und Kulturfragen beinhalten wird.

Denn, meine Damen und Herren, unsere Steiermark darf in ihrer so schwierigen wirtschaftlichen Situation nicht benachteiligt werden. Wir unterstreichen auch neuerlich unsere Forderung nach einem Sondervertrag für die Obersteiermark, um unseren Beitrag für ein Zukunftsprogramm mit den zwei Eckpfeilern, einer nachhaltigen Sanierung der verstaatlichten Industrie und einer Offensive der Umstrukturierung, auch wirklich leisten zu können. Die Arbeitsgruppe „Obersteiermark 2000“ unter der Leitung von Professor Tichy, für die Professor Deiter ein erstes, sehr gediegenes Gutachten erstellt hat, wird, aufbauend auf den bisherigen Arbeiten, weitere Detailvorschläge in Kürze unterbreiten.

Zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen gehört aber auch eine konsequente Umweltpolitik, meine Damen und Herren. Und wir bekennen uns voll und ganz zum Prinzip, Verantwortung für Umwelt, Mitwelt und Nachwelt, wie es der in New York lehrende Hans Joans in seinem „Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation“ folgendermaßen formuliert hat: „Handle so, daß die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden; oder negativ ausgedrückt:

Handle so, daß die Wirkungen deiner Handlungen nicht zerstörerisch sind für die künftige Möglichkeit solchen Lebens.“ Zitat Ende.

So werden wir unsere steirische Umweltpolitik, die wir schon zu einer Zeit begonnen haben, als Grün noch keine Modefarbe war, mit weiteren zielstrebigem Maßnahmen fortsetzen. Dies bedarf mühseliger Kleinarbeit und wird nicht immer spektakuläre Erfolge zeitigen können. Aber meine Damen und Herren, nicht primär auf Proklamationen, auf Forderungen und Ankündigungen, sondern auf die Taten, auch in diesem Bereich, kommt es an. So werden wir das Umweltgesetz mit dem weisungsungebundenen Umweltanwalt, werden wir das Bodenschutzgesetz, weitere wirksame Maßnahmen zur Luftreinhaltung und zur Gewässersanierung, eine Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz, aber auch das Projekt des Nationalparks Niedere Tauern und weitere Naturparks als Prioritäten in diesem Bereich setzen.

Meine Damen und Herren, so wie es der sozialen Marktwirtschaft gelungen ist, eine schöpferische Synthese von Kapital und Arbeit zu finden, so muß und wird eine solche auch in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft erreicht werden.

Der angesehene Berliner Ökonom und Ökologe Professor Joseph Huber hat dazu folgendes festgestellt: „Eine ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft scheint mir, wenn schon nicht der einzige, so doch der einzig sinnvolle Weg zu sein, erstens um die immer bedrohlicheren Umweltprobleme zu lösen, zweitens, um die Wirtschaftskrise, in der wir stecken, zu überwinden, den Weg in eine neuerliche Phase wirtschaftlicher Prosperität zu erschließen, und drittens, um uns allen, insbesondere auch der nachfolgenden jüngeren Generation eine neue Perspektive zu eröffnen, die ein großes Projekt, für das man aus Überzeugung leben und arbeiten kann, vorstellt.“ Diese Botschaft, glaube ich, gilt auch für unser Land. Wir werden dabei auf Bewährtem aufbauen, Erfolgreiches fortführen, werden starke Akzente setzen und immer wieder neue Möglichkeiten suchen müssen. Und es sind große Problemstellungen und Aufgaben, das ist ohnedies jedem klar, die vor uns liegen und die uns zu gemeinsamer Anstrengung und Zuversicht herausfordern sollten.

Lassen Sie mich in diesem Sinne schließen mit einem Wort, das Alfred Kolleritsch zum 80. Geburtstag von Hanns Koren gesagt hat und es bei der Feier zu diesem 80. Geburtstag auch selbst präsentierte, über diesen großen Steirer, der so lange und so überzeugend in dieser unserer steirischen Landstube gewirkt hat. Dieses Wort über ihn sollte ein Motto für uns sein in diesem kommenden Jahr: „Kein Leerlauf in Vergangenes schränkte ihn ein, alles getan von ihm für die Zukunft, den tiefsten Ort der Erinnerung.“

Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, stellvertretend für alle Landesleute, ein steirisches Glück auf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident:** Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 10.50 Uhr.)